

***Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus:
Jugendliche schützen –
Eltern und Fachkräfte stärken und unterstützen***

Christamaria Weber

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention
Ausgewählte Beiträge des 20. Deutschen Präventionstages
8. und 9. Juni 2015 in Frankfurt am Main
Forum Verlag Godesberg GmbH 2015, Seite 407-414

978-3-942865-53-1 (Printausgabe)

978-3-942865-54-8 (eBook)

Christamaria Weber

Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus: Jugendliche schützen – Eltern und Fachkräfte stärken und unterstützen

Jugendeinrichtungen und Schulen, aber auch Eltern, haben sich in den vergangenen Jahren immer wieder an das Frankfurter Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) gewandt, da sie befürchteten, dass Jugendliche mit der extremistisch-salafistischen Ideologie sympathisierten. Oft wussten sie nicht, wie sie Äußerungen einschätzen sollten und fühlten sich überfordert, angemessen zu reagieren. In einigen Fällen konnten die Ängste zerstreut werden, in anderen Fällen war die Radikalisierung der Jugendlichen schon weit fortgeschritten.

Die Rhein-Main-Region gehört zu den Zentren des Salafismus in Deutschland. Jugendliche werden z.B. über die Koranverteilkaktion „Lies!“ in der Innenstadt angesprochen, zu Grillfesten, Korankursen oder anderen Veranstaltungen eingeladen. Zeitweise haben extremistische Salafisten eine eigene Moschee betrieben. Die Sicherheitsbehörden schätzen die Szene auf mind. 300 Personen, von denen ein Teil von den Sicherheitsbehörden als gewaltbereit eingestuft wird. Im Sommer 2013 wurde die Anziehung- und Mobilisierungskraft der extremistischen salafistische Szene in Frankfurt auf drastische Weise deutlich: Über 10 Jugendliche und junge Erwachsene reisten nach Syrien aus, um sich dem „Islamischen Staat“ (damals noch ISIS) anzuschließen. Im Dezember 2013 kam ein 16-jähriger Frankfurter Schüler bei Kämpfen in Syrien ums Leben. Diese Informationen sind auch der Öffentlichkeit bekannt geworden.

Die Stadt Frankfurt am Main stand vor der Herausforderung, auf diese Situation angemessen zu reagieren. Wir hielten es für notwendig, Strukturen der Prävention und Intervention zu schaffen, um auf verschiedenen gesellschaftlichen und institutionellen Ebenen eine Antwort auf die Probleme zu geben.

Seit November 2013 treffen sich mehrmals pro Jahr unter der Federführung des AmkA Mitarbeiter/innen des Jugend- und Sozialamts, des Stadtschulamts, des Präventionsrats Frankfurt am Main, des Jobcenters sowie von der Landesebene Vertreter/innen des Polizeipräsidiums Frankfurt am Main, des Hessischen Kompetenzzentrums gegen Extremismus und des Hessischen Landesamts für Verfassungsschutz.

Aufgrund der konkreten Situation in Frankfurt am Main steht aktuell die extremistisch-salafistische Radikalisierung im Fokus. Uns ist bewusst, dass wir auch andere radikale Strömungen im Auge behalten müssen, um gegebenenfalls schnell reagieren zu können – nicht zuletzt angesichts der wachsenden Gewalt gegen Flüchtlingsunterkünfte in ganz Deutschland.

Grundlagen und Ziele der Zusammenarbeit

Grundlage der Zusammenarbeit im Ämternetzwerk ist eine positive Grundhaltung zu religiöser Vielfalt sowie eine klare Positionierung gegen jegliche Formen der Islam- u. Muslimfeindlichkeit und des Rassismus. Ziele des Ämternetzwerks waren von Beginn an, sowohl Präventionsmaßnahmen auszubauen, als auch Strukturen zu schaffen, die eine optimale Reaktion im Falle bereits erfolgter Radikalisierung zu ermöglichen.

Die beteiligten Ämter und Institutionen haben dabei verschiedene Zuständigkeiten und jeweils eigene Verantwortungsbereiche. Die Frankfurter Stellen sind auch mit der seit Sommer 2014 tätigen „Beratungsstelle Hessen“ in Trägerschaft des Violence Prevention Network (vpn) vernetzt, die Angehörige berät und mit bereits radikalisierten Jugendlichen und mit Aussteigern arbeitet.

Konkret gehen wir in Frankfurt am Main an:

1. Öffentlichkeitsarbeit – Information und Sensibilisierung

Sachinformationen für die breite Öffentlichkeit und für bestimmte Zielgruppen (insbesondere im Bereich der pädagogischen Arbeit) sind notwendig.

Einerseits geht es um differenzierte Informationen zum Islam und über Muslime in Deutschland. Wichtig ist auch das Thematisieren der in der Gesellschaft vorhandenen Islam- und Muslimfeindlichkeit, die für Jugendliche mit muslimischem Hintergrund im Alltag spürbar und belastend ist. Die menschenverachtenden Ideologie extremistischer Gruppen wird von einer kleinen Minderheit der Muslime (geschätzt 1%) in Deutschland mitgetragen. Die Mehrheit der Muslime lehnt sie ebenso ab und hat die gleichen Ängste wie nicht-muslimische Bürger/innen.

Andererseits geht es darum, möglichst konkret über die extremistisch-salafistische Szene, ihre Anwerbestrukturen und über die Denkwelten der Jugendlichen zu informieren, die sich einbinden und sogar für den vermeintlich „Heiligen Krieg“ rekrutieren lassen. Jeder menschenverachtenden Ideologie muss in Schulen, Jugendzentren und anderen öffentlichen Orten klar entgegen getreten werden, Jugendliche müssen vor der Ideologie geschützt werden.

Das Ämternetzwerk veröffentlichte im Juli 2014 ein Faltblatt zum Umgang mit radikalisierten Jugendlichen, das Informationen, Hilfestellungen und Kontakte für Eltern, Sozialpädagog/innen und Lehrpersonal bündelt. Das Faltblatt wurde in tausendfacher Auflage verteilt und trägt dazu bei, dass Fachpersonal und Eltern wissen, wo sie Unterstützung erhalten.

Durch das Ämternetzwerk ist es gelungen, dass verschiedene Stellen aufeinander verweisen und im Einzelfall miteinander kooperieren. So haben in einigen Fällen Eltern, Schule, Jugendamt, Beratungsstelle Hessen und Polizei an „Runden Tischen“ gemeinsam beraten, wie Jugendliche und die Familie am besten unterstützt werden können.

2. Fortbildungen und Informationsangebote für Fachpersonal

Die vom AmkA in Zusammenarbeit mit einigen Ämtern angebotenen Fortbildungen und Informationsangebote haben zum Ziel

- Bewusstsein zu schaffen für die Problemlagen extremistischer Salafismus und Radikalisierung (individuelle und gesellschaftliche Ebene, Ablauf von Radikalisierungsprozessen) sowie übergreifend zu den Phänomenen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
- die pädagogische Handlungsfähigkeit herstellen bzw. erweitern; dazu gehört auch, die Betroffenheit Jugendlicher über Ungerechtigkeit und Krieg ernst nehmen und zu versuchen, diese positiv zu kanalisieren
- Sachwissen über den Islam und andere Religionen vermitteln, eigene Vorurteile über den Islam bewusst machen und bearbeiten
- Kindern und Jugendlichen positive Identifizierung mit Islam bzw. Religion ermöglichen
- Hilfestrukturen und Ansprechpartner bekannt machen.

Von Sommer 2014 bis Januar 2015 wurden rund 220 Fachkräfte aus Jugendzentren, der Jugendhilfe (Bereich „Hilfen zur Erziehung“ und Jugendhilfe in der Schule) sowie einige Lehrkräfte in zehn jeweils eintägigen Workshops durch ufuq.de geschult.

Das AmkA wird regelmäßig von Lehrerkollegien, Stadtteilarbeitskreisen und sozialpädagogischen Fachkreisen angefragt, um über das Phänomen der extremistisch-salafistischen Radikalisierung und über die Möglichkeiten der Prävention zu referieren. Zudem nutzen Schulen und andere Einrichtungen auch die Workshop-Angebote der „Beratungsstelle Hessen“ oder Angebote der hessischen Lehrerfortbildung.

3. Präventionsarbeit

Seit April 2015 sind im Auftrag des AmkA junge Studierende als „Teamer/innen“ tätig. Sie wurden qualifiziert, um in Tandems mit Schulklassen oder Jugendgruppen zu arbeiten. Grundlage sind die Materialien „Wie wollen wir leben – Islam, Islamfeindlichkeit, Islamismus und Demokratie“ von ufuq.de. Die Teamer/innen können mit Kindern und Jugendlichen ab 12 Jahren über den Islam und seine verschiedenen Auslegungen, über den Alltag von Muslimen in Deutschland und über radikale Strömungen des Islam sprechen.

Die ersten Workshops fanden an einem Gymnasium, einer Hauptschule und an einer integrierten Gesamtschule statt und wurden gut aufgenommen. Selbst in Jugendgruppen mit radikalisierten Jugendlichen ist es den Teamer/innen gelungen, offen Gespräche zu initiieren und der oft schweigenden Minderheit eine Stimme zu geben.

Das Ämternetzwerk macht Schulen und Jugendeinrichtungen auf weitere Angebote aufmerksam, die im weitesten Sinne präventiv wirken, da sie Religion(en) und Ideologien in einer für Schulkassen und Lehrkräfte angemessenen Weise thematisieren. Dazu gehören die Workshops und Beratungsangebote der Bildungsstätte Anne Frank sowie die Fortbildungsangebote des Pädagogischen Zentrums Frankfurt.

4. Beratung und Hilfe im Einzelfall

Ist ein Jugendlicher / eine Jugendliche dabei, sich zu radikalieren oder bereits manifest extremistisch, ist Unterstützung auf verschiedenen Ebenen notwendig. Unmittelbar betroffen und gefragt sind Eltern, Lehrkräfte und ggf. sozialpädagogisches Personal. Das Ämternetzwerk hat in Frankfurt dazu beigetragen, dass Verantwortliche wissen, an wen sie sich wenden können. Die Bandbreite reicht von Erziehungsberatungsstellen oder das Jugendamt über die Beratungsstelle Hessen bis zur Polizei.

Lehrpersonal kann sich an das Staatliche Schulamt für die Stadt Frankfurt am Main wenden, an das AmkA oder auch an die Beratungsstelle Hessen. Einige Schulen wenden sich auch direkt an die Polizei.

Im Staatlichen Schulamt kümmert sich ein Mitarbeiter um Einzelfälle, insbesondere wenn es um einen Schulwechsel oder die Wiedereinschulung von Jugendlichen geht, die in der extremistischen Szene verortet sind. An weiterführenden und beruflichen Schulen ist die Vernetzung der Lehrkräfte mit dem sozialpädagogischen Personal gegeben und wird bei Fällen sich radikalisierender Jugendlicher aktiv genutzt.

In der Grundsatzabteilung des Jugend- und Sozialamtes sind Mitarbeiter/innen in das Ämternetzwerk eingebunden, die aufgrund von Hinweisen von Beratungsstellen, Sozialarbeiter/innen oder Polizei die Jugendhilfe-Strukturen in den Stadtteilen dabei unterstützen, betroffenen Familien gezielt zu helfen.

In der Abteilung Zuschüsse an Träger und präventive Hilfen sind Mitarbeiter/innen ansprechbar für die Sozialpädagogen/innen der offenen Jugendarbeit und stationärer Jugendhilfeeinrichtungen. In Kooperation mit dem Jugend- und Sozialamt bietet die Bildungsstätte Anne Frank ab Sommer eine Praxisgruppe für Mitarbeiter/innen von Jugendeinrichtungen zur kollegialen Beratung bzgl. des Umgangs mit radikalisierten Jugendlichen an.

Das Sigmund-Freud-Institut wurde auf das Frankfurter Ämternetzwerk aufmerksam und bot seine Unterstützung an. Seit Frühsommer können sich Eltern radikalisierter Jugendlicher dort für eine begleitete Selbsthilfegruppe anmelden und auf Wunsch auch Familienberatung oder therapeutische Unterstützung in Anspruch nehmen.

Für Lehrkräfte, Sozialpädagogen/innen und auch Eltern ist es schwierig zu erkennen, wann sie im Umgang mit radikalisierten Jugendlichen an Grenzen stoßen und die Polizei einschalten sollten. Indikatoren für eine sehr weitgehende Radikalisierung

sind: Jugendliche wenden sich explizit von ihrer „ungläubigen“ Familie ab, sprechen extrem abwertend über andere Muslime, einen Moscheevorstand oder Imame oder sie äußern offene Sympathie für den bewaffneten Jihad. Spätestens dann, wenn sie erklären, nach Syrien ausreisen zu wollen und in ihrem Umfeld zur aktiven Teilnahme am bewaffneten Jihad aufrufen, überschreiten sie eine Grenze. Die tatsächliche Gewaltbereitschaft, d.h. das Potential der von dem Jugendlichen ausgehenden Selbst- und Fremdgefährdung, ist für Lehrkräfte, Sozialarbeiter/innen oder Eltern nicht einschätzbar und die Polizei sollte eingeschaltet werden.

Für Pädagog/innen ist die Hemmschwelle, sich an die Polizei zu wenden, zu recht sehr hoch. Durch die Arbeit des Ämternetzwerks wissen inzwischen viele Lehrkräfte und Sozialarbeiter/innen, dass die Polizei in Frankfurt am Main Mitarbeiter/innen einsetzt, die sich speziell um Minderjährige kümmern, die in der extremistisch-salafistischen Szene aktiv sind. Die Polizei klärt in solchen Fällen das Umfeld des Jugendlichen ab und versucht aufgrund ihrer Ermittlungen, das Potential der Selbst- und Fremdgefährdung einzuschätzen. Es geht um die Verhinderung von Straftaten, aber auch um den Schutz der Jugendlichen. Sofern die Jugendlichen keine Straftaten begangen haben, werden sie nicht dauerhaft erfasst. Nicht die Kriminalisierung der Jugendlichen steht im Vordergrund, sondern das Organisieren von Unterstützung für Eltern, Lehrkräfte und Jugendliche. Die Polizei vernetzt dabei die Familien mit anderen Akteuren des Ämternetzwerks. In enger Abstimmung mit Eltern wurden etlichen Jugendlichen die Pässe entzogen und die Ausreise Minderjähriger nach Syrien verhindert.

Bei Syrien-Rückkehrern und Aussteigern liegt die Zuständigkeit primär bei der „Beratungsstelle Hessen“. Auch die Beratungsstelle profitiert vom Ämternetzwerk und kann zum Beispiel direkt auf der Leitungsebene mit dem Jugendjobcenter oder dem Staatlichen Schulamt Möglichkeiten der Unterstützung für einzelne Jugendliche und junge Erwachsener verhandeln.

5. Einbinden und Stärken der muslimischen Gemeinden

Das AmKA ist seit seiner Gründung 1990 auch für die religiösen Zuwanderergemeinden zuständig und hat in diesem Zusammenhang Kontakte zu den über 40 muslimischen Gemeinden in Frankfurt am Main aufgebaut. 36 Gemeinden sind sunnitisch. Jeweils elf Gemeinden wurden ursprünglich von türkischen bzw. arabischen (v.a. marokkanischen) Gastarbeitern und Studierenden aufgebaut. Es gibt fünf pakistanische und drei afghanische Gemeinden, zwei werden von Gläubigen aus dem Bereich des ehemaligen Jugoslawien getragen. Jeweils eine Gemeinde versammelt Gläubige aus dem westlichen Afrika, aus Bangladesch sowie aus Indonesien. Eine Gemeinde versteht sich seit ihrer Gründung vor über 15 Jahren ausdrücklich als deutsche muslimische Gemeinde. Insbesondere die ursprünglich marokkanischen Gemeinden internationalisieren sich zunehmend, die Predigten sind auf Deutsch oder werden übersetzt, Deutsch ist eine der Alltagssprachen im Gemeindeleben.

Viele der Jugendlichen, die mit der extremistisch-salafistischen Ideologie sympathisieren, hatten entweder nie eine enge Bindung an eine der alteingesessenen Gemeinden, oder sie haben sich von der Gemeinde ihrer Eltern abgewandt.

In der Presse und von der Politik wird oft die Erwartung geäußert, die Moscheegemeinden mögen sich stärker engagieren. Die meisten Gemeinden sehen sich zwar in der Verantwortung, die Jugendlichen religiös zu bilden und sie zu schützen, haben aber oft wenig Zugang zu Jugendlichen und wenig personelle und finanzielle Ressourcen zum Aufbau einer professionellen Jugendarbeit.

Das AmkA hat mit KUBI e.V., einem großen Träger der Jugendarbeit in Frankfurt am Main, im April 2015 ein mit Geldern von „Demokratie leben!“ gefördertes Pilotprojekt gestartet, mit dem muslimische Gemeinden durch Fachkräfte bei der Professionalisierung ihrer Jugendarbeit unterstützt werden. Das Projekt ist auf 5 Jahre angelegt. Neue Formate und Inhalte werden mit den beteiligten Gemeinden gemeinsam entwickelt. Der Schwerpunkt liegt dabei auf Fragen der Identität, Demokratieerziehung und Freizeitgestaltung. Zu Beginn sind drei Gemeinden beteiligt, weitere Gemeinden sollen hinzukommen. Bei größeren Veranstaltungen für Jugendliche setzen wir darauf, dass auch Jugendliche von nicht unmittelbar beteiligten die Gemeinden gewonnen werden.

Gemessen an der vielfältigen Gemeindeflandschaft in Frankfurt am Main ist das Projekt ein kleiner Anfang. Die Stadt, der Träger und die muslimischen Verbände arbeiten parallel zur konkreten Arbeit mit den Jugendlichen aber auch darauf hin, dass das Projekt zum Aufbau von muslimischen Trägerstrukturen beitragen wird, die zukünftig selbstständig z.B. im Jugendring vertreten sein werden und Zuschüsse für ihre Jugendarbeit einwerben können.

6. Einrichtung einer städtischen Koordinierungsstelle

Im vierten Quartal 2015 wird beim Amt für multikulturelle Angelegenheiten eine neu geschaffene Koordinierungsstelle „Antiradikalisierung/ Präventive Jugendarbeit/ Politische Bildung“ besetzt. Die bisher vom Amt geleistete Netzwerk- und Informationsarbeit sowie die Steuerung der Teamer/innen-Einsätze soll durch die Stelle ausgeweitet werden und auf evtl. neue Herausforderungen angemessen reagieren.

7. Fazit

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten hat das Auftreten fundamentalistischer Jugendprediger seit 2009 verfolgt und ist seit diesem Zeitpunkt mit muslimischen Organisationen in einen zum Teil kritischen Dialog gegangen. Bereits seit 2007 hat das Amt Gesprächsreihen zwischen Moscheegemeinden und Sicherheitsbehörden initiiert und begleitet. In den letzten Jahren hat die Dynamik über einzelne Auftritte bekannter Prediger (z.B. Pierre Vogel, Sven Lau) und das allmähliche Entstehen einer verfestigten Szene zugenommen. Die LIES-Kampagne spielt auch in Frankfurt eine Katalysa-

torrolle. Dem konnte ordnungsrechtlich bislang nur bedingt begegnet werden. Umso wichtiger bleibt die begleitende Präventions- und Informationsarbeit, für die das Amt für multikulturelle Angelegenheiten ein funktionierendes Netzwerk aufgebaut und zusätzliche Ressourcen erhalten hat. Es bleibt zu erwarten, dass das Phänomen des jugendlichen Salafismus die bundesdeutsche Gesellschaft auch die nächsten Jahre über beschäftigen wird.

Der Artikel erschien ursprünglich in der Zeitschrift proJugend, der Fachzeitschrift der Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Bayern e.V.

Inhalt

Vorwort 1

I. Der 20. Deutsche Präventionstag im Überblick

Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner
Frankfurter Erklärung 5

Erich Marks / Karla Marks
Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 20. Deutschen Präventionstages 11

Erich Marks
Zur Eröffnung des 20. Deutschen Präventionstages in Frankfurt am Main 43

Stephan L. Thomsen
Gutachten für den 20. Deutschen Präventionstag:
Kosten und Nutzen von Prävention in der Ökonomischen Analyse 51

Rainer Strobl / Olaf Lobermeier
Evaluation des 20. Deutschen Präventionstages 125

Erich Marks / Karla Marks
20 Jahre Deutscher Präventionstag in Zahlen 173

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Britta Bannenberg/Carina Agel/Nathalie Preisser/Felix Diehl/Gisela Mayer
Beratungsnetzwerk Amokprävention: Ein wissenschaftbasiertes
Beratungsangebot zur Amokprävention 183

Kerstin Bunte/Shérif Wouloh Korodowou
Mobbingprävention und -intervention - der No Blame Approach
und seine Verankerung in Schule 193

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)
Ansätze der Gewaltprävention in der Internationalen
Entwicklungszusammenarbeit 207

Gregor Dietz
Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus 231

Dagmar Freudenberg
Opferschutz rechnet sich?! 235

Frank Goldberg
Wie nachhaltige Kriminalpräventionn Wirkung zeigt 245

<i>Thomas Görgen/Barbara Nägele/Sandra Kotlenga</i> Sicherheitsbezogenes Erleben und Handeln im Alter: Perspektiven für die Prävention	261
<i>Jerome Gravenstein</i> Das Nicht-Kampf-Prinzip und der Zweikampf	277
<i>Martin Hafen</i> Frühe Förderung als präventive Investition“	293
<i>Heidrun Hassel / Fatih Ekinci</i> Projekt „Sicherheit gemeinsam gestalten – Polizei und Migranten im offenen Gespräch“	307
<i>Thomas Hestermann</i> Der Gruseleffekt: Wie Gewaltberichte des Fernsehens unsere Weltsicht beeinflussen	309
<i>Viktoria Jerke / Julia Christiani</i> Kriminalprävention braucht Öffentlichkeit	337
<i>Michael Koch</i> Gewaltprävention an Schulen als Entwicklungsprojekt	347
<i>Karsten Lauber / Kurt Mühler</i> Prävention gegen Wohnungseinbruch als kommunales Experiment	365
<i>Thomas Mücke</i> Deradikalisierung/Disengagement gestalten	381
<i>Getraud Selig</i> Gewalt im Leben älterer Menschen in Ludwigsburg – Modul: Sicherheit im Alter - Projekt „Alt trifft Jung – Jung trifft Alt“	395
<i>Christian Specht</i> Zuwanderung aus den EU-2 Staaten Südosteuropas	399
<i>Christamaria Weber</i> Frankfurter Ämternetzwerk gegen Extremismus: Jugendliche schützen – Eltern und Fachkräfte stärken und unterstützen	407
<i>Karin Wunder</i> Gemobbt im Web? Was Erziehende wissen müssen und warum Online-Hilfe durch Gleichaltrige wichtig ist	415
III Autoren	421